

Helmut Meier

Stefan Bollinger / Fritz Vilmar (Herausgeber): Die DDR war anders. Eine kritische Würdigung ihrer soziokulturellen Einrichtungen. Edition Ost im Verlag Das neue Berlin. Berlin 2002, 251 S.

Zwölf Jahre nach der Einverleibung der DDR in die Bundesrepublik überwiegen unter den Publikationen über den zweiten deutschen Staat immer noch diejenigen, die die offiziell gewollte und weitgehend ideologisch bestimmte Totalverurteilung bedienen. Dem steht entgegen, daß die Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung diesen Umgang mit ihrer Geschichte nach wie vor ablehnt. Ihre Erfahrungen in der DDR und noch mehr die Enttäuschung über ihre Erlebnisse im vereinigten Deutschland lassen sie unverrückbar an einem eigenen Bild der DDR, das wesentlich vielschichtiger ist als das verordnete, festhalten.

Wer um diesen Sachverhalt weiß, wird umso begieriger zu einem Titel greifen, der einen anderen Zugriff auf die DDR-Geschichte verspricht. Stefan Bollinger und unser Mitglied Fritz Vilmar haben das von ihnen edierte Buch „Die DDR war anders“ genannt. Und diese Formulierung ist nicht nur verbal ambivalent, sie ist von Herausgebern und Autoren auch gerade deswegen gewählt worden. Den gängigen pauschalen Verrissen der DDR-Geschichte wird mit diesem Buch keine beschönigende Darstellung entgegengestellt; denn wer ernsthaft Existenz und Niedergang der DDR zum Gegenstand seiner Untersuchungen macht, kann sich nur das Ziel stellen, eine allen Seiten und Aspekten der Geschichte gerecht werdende Darstellung anzustreben. Das fordert schonungslose Kritik von Versagen und Unrecht ebenso, wie sachliche Bewertung von positiven Bemühungen und erreichten Leistungen.

Der vorliegende Band hält in dieser Hinsicht, was der Titel verspricht. Die DDR war anders als sie in der offiziellen DDR-Propaganda dargestellt wurde, aber sie war auch anders als sie seit 1990 gemeinhin in der Literatur der Bundesrepublik, den Verlautbarungen ihrer Politiker und den Darstellungen ihrer tonangebenden Presseorgane hingestellt wird.

Herausgeber wie Autoren belassen es nicht bei der bloßen Behauptung. Sie praktizieren ihr Herangehen an konkrete Erscheinungen des Lebens in der

DDR. Dabei soll noch einmal hervorgehoben werden, daß auch in den Einzelbeiträgen keine unkritische Betrachtungsweise zu finden ist. Bei der Untersuchung wird immer der Zusammenhang mit dem Gesamtsystem und den bestimmenden politischen Strukturen hergestellt. An der einen oder anderen Stelle erfolgt das manchmal etwas stereotyp. Was an Bedenkenswertem und Vernünftigem im DDR-Alltag entdeckt wird, erscheint dann grundsätzlich als Ausfluß von Opposition gegen die SED, der hinwiederum alles, was kritikwürdig ist, zur Last gelegt wird. Allerdings muß dieses Vorgehen bei den meisten konkreten Fragestellungen immer wieder durchbrochen werden. So tritt überwiegend zutage, daß in der DDR, wie überall, weder die herrschende Partei und der Staatsapparat noch das „Volk“ einen monolithen Block darstellten. Übrigens entgegen dem Eindruck, den die SED-Führung seinerzeit zu erwecken versuchte, war die Wirklichkeit nicht nur einfach bunter und vielfältiger, sondern vor allem in sich äußerst widersprüchlich. Heutige Darstellungen sollten daher dieses Ideologem der SED-Führung nicht weiter kolportieren.

Der unbestreitbare Vorzug der Beiträge besteht nach Ansicht des Rez. vor allem darin, die konkreten Erscheinungen der DDR-Wirklichkeit sorgfältig nach mehreren Seiten hin durchleuchtet zu haben. Dabei geschieht das, was jeder Wissenschaftler schon erlebt hat: verallgemeinernde und grundsätzliche Feststellungen und Wertungen verlieren ihre unverrückbaren Konturen. Es wird deutlich, daß sich in der Wirklichkeit eigenständige Gesetzmäßigkeiten bzw. Regeln Geltung verschaffen. Die beliebten antinomischen Bewertungsschemata erweisen sich als untauglich. Sie werden durch viele gegenläufige Faktoren modifiziert. Das heißt jedoch nicht, daß übergreifende Urteile und verallgemeinernde Aussagen überflüssig werden. Sie gewinnen nur an Volumen und Überzeugungskraft, weil Vielschichtigkeit und Widersprüchlichkeit nicht mehr zugunsten einer oberflächlichen Stimmigkeit ausgespart bleiben.

In dem vorliegenden Band werden sieben „sozialkulturelle Einrichtungen“ der DDR untersucht. Die Auswahl ist gewiß nicht willkürlich getroffen worden, aber sie setzt dem gewählten Anspruch Grenzen. Das ist auch den Herausgebern bewußt, deshalb kündigen sie einen weiteren Band an, in dem neun weitere gesellschaftliche Bereiche und Problemfelder analysiert werden.

Das enthebt uns des Einwandes, daß die vorliegenden Studien viele Wünsche offen lassen. Aber auch wenn der nächste Band zugänglich sein wird, dürfte die Thematik noch nicht erschöpft sein. Insofern steht zu hoffen, daß

die Initiatoren dieses Projektes vielleicht andere dazu anregen, dieses Vorhaben fortzuführen.

Nun ein paar Bemerkungen zu dem vorliegenden Band.

In einem „Grundlegende Klärungen“ überschriebenen Buchteil umreißen die Herausgeber ihr Anliegen. Es heißt hier: „Obwohl die sowjetisch geprägte SED-Diktatur in der DDR das Entstehen eines sozialistischen Gesellschafts-systems vereitelt hat, ist dieses Sozialsystem mit dem Etikett ‚SED-Diktatur‘ *nicht* ausreichend beschrieben; denn es gab darin trotz der Diktatur eine beachtliche Anzahl humaner sozial-kultureller Einrichtungen und Leistungen, die diese Gesellschaft mitgeprägt haben, oft sogar gegen die Absichten der SED-Führung. Und in diese Einrichtungen haben Millionen aktiver Bürger der DDR ihre Lebenskraft investiert.“ (S.8)

Ich lasse dahingestellt, ob die generelle Bestreitung des sozialistischen Charakters der DDR in dieser Absolutheit zutreffend und deswegen sinnvoll ist. Wie es Konsens ist, daß Kapitalismus, bzw. bürgerlich-parlamentarisch verfaßte Gesellschaften höchst unterschiedlich sein können, so daß sie sogar in vieler Hinsicht voneinander regelrecht abweichen, genauso wird man wohl auch sagen müssen, daß unterschiedliche Modelle von sozialistischen Gesellschaften vorstellbar sind. Die Realität des Lebens muß darüber entscheiden, welche lebensfähig sind und für die sozialistischen Zielvorstellungen geeignete Entwicklungsbedingungen schaffen. Daß das unter dem Etikett „realer Sozialismus“ etablierte Modell sich letztlich als unfähig erwiesen hat, die selbst gestellten Ziele zu realisieren und deswegen gescheitert ist, daran besteht kein Zweifel. Es läßt sich aber nicht aus der Welt schaffen, daß es der bisher einzige über einen längeren Zeitraum existente Versuch war, eine gesellschaftliche Alternative auf den Weg zu bringen. Zweifellos ist durch das Versagen der Führungskräfte und die Deformation der Anliegen die sozialistische Idee und Bewegung diskreditiert worden. Diese Schädigung kann man jedoch nicht ungeschehen machen, wenn man erklärt, das war ja gar kein Sozialismus. Vielmehr geht es für Sozialisten darum, überzeugend und glaubhaft klarzustellen, daß aus den Fehlern und dem Versagen die richtigen Schlußfolgerungen gezogen wurden, was bedeutet, sich unwiderruflich von Grundsätzen und Praktiken zu trennen, die den sozialistischen Aufbruch haben scheitern lassen. Dafür bildet z.B. die sorgfältige Analyse der DDR-Geschichte auch eine unerläßliche Voraussetzung. Sie bringt zutage, woran das DDR-System grundsätzlich krankte, wofür es also keinerlei Veranlassung gibt, daran festzuhalten. Gleichzeitig kann verhindert werden, daß solche Aspekte und Einrichtungen der Vergessenheit anheimfallen, in denen sich der

humane und demokratische Grundgehalt sozialistischen Denkens und Handelns trotz alledem artikuliert hat. Eine solche Untersuchung wird übrigens immer auch erkennbar werden lassen, daß die sich aus der Monopolstellung der SED ergebende Gängelung und Drosselung demokratischer Aktivität die volle Entfaltung des positiven und produktiven Potentials der beschriebenen Erscheinungen immer wieder beeinträchtigt hat, so daß ein solches Herangehen mit Nachdruck auf die Notwendigkeit hinweist, alternative Politikvorstellungen mit einer unnachsichtigen Kritik dieses Grundmodells zu verbinden.

Die Herausgeber stellen zu Recht an die Spitze des Bandes eine Analyse des öffentlichen Umgangs mit der DDR-Wirklichkeit, der, wie festgestellt wird, zutiefst ideologisch und politisch motiviert ist. Das geschieht am Beispiel der beiden vom Bundestag installierten Enquête-Kommissionen. Amelie Kutter hat diesen ideologischen Anstrich mit dem Begriff „Geschichtspolitik“ verdeutlicht (S.25 ff.). Sie zeigt im Grunde genommen, daß es sich hier um eine ideologisch vorgeprägte Sichtweise auf die DDR handelt, die von vornherein eine komplexe und sachlich-kritische Untersuchung ausschloß. Als Funktionen dieser Art des Herangehens arbeitet die Autorin heraus:

- „Delegitimierung der DDR als positivem Erinnerungsbezug,
- Legitimation der bundesdeutschen Verhältnisse und deren weitgehend unmodifizierte Übertragung,
- Kompensation der Fehler der Vereinigungspolitik sowie
- konsensstiftend-pädagogische Funktion bei der Vermittlung eines neuen (westdeutschen) Geschichtsbildes.“ (S.49)

Kutter findet den treffenden Ausdruck dafür: „Enteignung ostdeutscher Geschichte“ (S.48).

Stefan Bollinger wendet sich in seinem Beitrag der Vernachlässigung der sozial-kulturellen Einrichtungen der DDR in den bisherigen Forschungen und Darstellungen zu (S.60 ff.). Er tut das in einem Überblick über die vorliegende Literatur. Als Kenner entsprechender Untersuchungen verweist er darauf, daß diese Betrachtungsweise in deutlichem Gegensatz zu der Erinnerung steht, die bei den Ostdeutschen mehrheitlich angetroffen wird.

Die Reihe der Detailuntersuchungen wird von Elviera Thiedemann eröffnet. Sie unternimmt den Versuch, das polytechnische Prinzip im Bildungswesen der DDR auf seinen konstruktiven Gehalt und die bei seiner Umsetzung aufgetretenen Probleme hin zu durchleuchten (S. 78 ff.). An diesem Beispiel wird besonders plastisch deutlich, wie eine vernünftige Grundidee durch das

starre und ideologisch bestimmte System der DDR-Volksbildung empfindlich negativ belastet wurde. Aber ungeachtet dessen gelingt es der Autorin herauszuarbeiten, welche produktiven und innovativen Impulse trotz alledem davon ausgingen. Sie weist nach, wie sinnvoll nach der deutschen Vereinigung ein Diskurs über die dabei gewonnenen Erfahrungen gewesen wäre. Er hätte dazu führen können, das reformbedürftige Schulsystem der Bundesrepublik weiterzuentwickeln und zu bereichern, wenn die Faktoren abgestreift worden wären, die den produktiven Ansatz in der DDR verwässerten und beeinträchtigten. Schon dieser erste Beitrag erweist die Fruchtbarkeit eines weiteren Anliegens der Herausgeber: nämlich aus den Erfahrungen in der DDR Anregungen für Reformen und Weiterentwicklungen im heutigen Deutschland herauszudestillieren.

In diese Richtung weisen auch die beiden Beiträge über die Entwicklung der Bildenden Kunst der DDR seit den 70er Jahren. Es handelt sich um den Abschnitt von Fritz Vilmar (S.108 ff.) und das von ihm mit den Kunsthistorikern Peter Arlt, ebenfalls Mitglied der Leibniz-Sozietät, und Rudolf Kober geführte Gespräch über dieses Thema (S.121 ff.). Vilmar fügt seinem Beitrag über die Bildende Kunst der DDR den Untertitel bei „Nicht für die Müllhalde der Geschichte“ (S.108). Er artikuliert damit bereits einleitend seinen Protest gegen in der Öffentlichkeit vorgenommene Verurteilungen der DDR-Kunst als reine „Propaganda- und Staatskunst“ und als „unmodern“ und „rückständig“, die ihren makabersten Ausdruck in der 1999 in Weimar gezeigten Ausstellung gefunden haben, in der die DDR-Kunst gewissermaßen als von gleicher Couleur wie die Nazikunst dargeboten wurde.

Demgegenüber sieht Vilmar in der Bildenden Kunst der DDR eine wichtige Komponente der Kunstentwicklung wirksam. In ihren kreativsten Vertretern und ihren besten Werken manifestiert sich hier eine wichtige Tradition, die in der gesamtdeutschen Kunstszene einen legitimen Platz beanspruchen kann: die Tradition der realistischen Aneignung der Welt. Seinem Argument, daß damit gegenüber der überwältigenden Vorherrschaft der abstrakten Kunst in der Bundesrepublik ein Pendant erwachsen würde, das zur Bereicherung beitragen könnte, läßt sich kaum widersprechen. Über den von Fritz Vilmar angewandten Begriff des „avancierten Realismus“ für die DDR-Kunst mögen Kunsthistoriker und Kunstkritiker streiten. Ob er Anerkennung finden wird oder nicht, die Überzeugungskraft seines Anliegen wird dadurch nicht in Frage gestellt..

Als provokativ mag der eine oder andere vielleicht das Thema empfinden, das Karl-Heinz Arnold behandelt. Er beschäftigt sich mit dem Zivilgesetz-

buch der DDR unter dem Gesichtspunkt der Schaffung einer „allgemeinverständlichen“ Kodifizierung von Rechtssätzen (S. 140 ff.). Recht und Gesetzlichkeit waren nicht gerade Renommierstücke der DDR-Wirklichkeit. Auch Arnold geht es nicht darum, das zu bestreiten. Er untersucht Anlaß und Entstehungsweise des Zivilgesetzbuches durchaus kritisch-distanziert. Die Bestrebung, im Zuge der Abgrenzung ein eigenes „sozialistisches“ Zivilrecht zu schaffen, wird von ihm ebenso berücksichtigt, wie auch die Eingriffe der SED-Führung in die konkrete Sacharbeit. Gleichzeitig würdigt er die Bestrebungen der beteiligten Juristen, das wahrlich überalterte und schwer verständliche bürgerliche Zivilrecht aktuellen Anforderungen anzupassen, was, unabhängig vom politischen Standort, seit langem als Notwendigkeit empfunden wurde und wird. Und in dieser Hinsicht enthält das in der DDR geltende Zivilgesetzbuch interessante Anregungen für Reformen auf diesem Gebiet, die in der Bundesrepublik noch anstehen. Nicht zuletzt gilt das für die allgemeinverständliche Formulierung von Rechtssätzen.

Die Beiträge von Petra Junghans, Sandra Hollerbuhl und Hans Luft wenden ihre Aufmerksamkeit ökonomischen und wirtschaftspolitischen Aspekten zu. Junghans stellt sich die Aufgabe, die Arbeitswelt als Lebenszentrum zu durchleuchten (S.182 ff.). Hollerbuhl untersucht am Beispiel des SERO-Kombinates ein Beispiel für sinnvolle Müllvermeidung und -verwertung (S.159ff.), während Luft sich die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften vornimmt (S.204 ff.).

Es ist bereits von vielen Autoren darauf hingewiesen worden, daß Arbeit und Betrieb für die DDR-Bürger einen geradezu zentralen Stellenwert besaßen. Die Arbeitstätigkeit war nicht nur Erwerbsquelle, sie war die entscheidende Form der Einbeziehung in das gesellschaftliche Ganze, sie war die wichtigste Einbettung in das Geflecht privater, kollektiver und gesellschaftlicher Beziehungen, und über sie wurden entscheidende soziale Probleme der Gesellschaft angegangen. Junghans geht diesen Aspekten nach und verdeutlicht, daß es mit dem Verweis auf SED-Diktatur, Kommando- und Mißwirtschaft nicht getan ist. Anhand des Betriebsgesundheitswesens, des Erholungswesens, der Wohnraumpolitik, der Förderung der Frauen und der Arbeitsgerichtsbarkeit macht sie auf soziale Leistungen und Möglichkeiten der Wahrnehmung der Interessen der Belegschaften aufmerksam, die Beachtung verdienen. Daraus ergibt sich auch ein wesentlich differenzierteres Bild hinsichtlich der Rolle der Betriebsgewerkschaftsleitungen. Es läßt sich offensichtlich nicht die These aufrechterhalten, daß es in den Betrieben der DDR keinerlei Mitbestimmung gab. Die Autorin bezieht in ihre Darlegungen Mei-

nungsäußerungen von Betriebsangehörigen ein, die ihre Ergebnisse bestätigen.

Das SERO-System in seiner ursprünglichen Anlage, das Sandra Hollerbuhl beschreibt, ist seit der Eingliederung der DDR in die Bundesrepublik nur noch in rudimentärer Form existent. Ihre Analyse führt jedoch zu dem Ergebnis, daß es sich um eine äußerst sinnvolle Form der Bewältigung von wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Problemen handelte, die, den politischen Willen vorausgesetzt, zum Nutzen des Gemeinwesens in der Bundesrepublik hätte erhalten und den neuen Umständen angepaßt werden können. Gegenüber dem vielgepriesenen „dualen System“ bewirkte es eine äußerst effektive Müllvermeidung und Wiederverwendung von sekundären Rohstoffen, weil es breite Akzeptanz in der Bevölkerung fand.

Die Behauptung der genossenschaftlichen Produktion in einer Gesellschaft mit überwiegend privatkapitalistischer Wirtschaftsstruktur zeigt, daß es für alternative Modelle reale Chancen gibt. Sie zeigt aber auch die Fragwürdigkeit der undifferenzierten Behauptung, allein private Unternehmensführung garantiere wirtschaftlichen Erfolg und Marktfähigkeit. Hans Luft arbeitet die Möglichkeiten der genossenschaftlichen Betriebsweise in der Landwirtschaft heraus, die ihr bedeutende Vorteile gegenüber dem einzelbäuerlichen Betrieb verleihen, der ja nachgewiesenermaßen mit großen Existenzproblemen zu kämpfen hat. Dabei vergißt er nicht, auf die negativen Erfahrungen der LPG-Entwicklung in der DDR hinzuweisen, die in der forcierten, das Prinzip der Freiwilligkeit verletzenden Entstehungsweise, sowie den zahlreichen Eingriffen von oben in die Arbeit der Genossenschaften bestanden. Daß sie sich trotzdem als erfolgreiches Element der Wirtschaftsstruktur erwiesen, bewertet er als Ausdruck der Lebensfähigkeit dieser Erscheinung.

Der Band findet seinen Abschluß mit dem Artikel von Linde Wagner über das Poliklinik-System in der DDR (S. 224 ff.). Es ist überflüssig zu wiederholen, daß die Darstellung zahlreiche Kritikpunkte hervorhebt und einer unveränderten Übernahme nicht das Wort redet. Jedoch zeigt die Untersuchung, daß mit der fast vollständigen Beseitigung des Netzes der Polikliniken eine verhängnisvolle Fehlentscheidung getroffen wurde. Es ist mit den Händen zu greifen, daß damit eine Möglichkeit aus der Hand gegeben wurde, der so lautstark beklagten Verteuerung des Gesundheitssystems zu begegnen. Wie schon die verstorbene brandenburgische Sozialministerin Regine Hildebrand beklagt hatte, ist das weitgehend dem Druck der Verbände der niedergelassenen Ärzte in der Bundesrepublik geschuldet, die in den Polikliniken eine gefährliche Konkurrenz für sich sahen. Auch hier läßt sich schlüssig nachwei-

sen, daß die Einrichtung der Polikliniken ohne größere Schwierigkeiten in das Gesundheitssystem der Bundesrepublik hätte eingebaut werden können, und zwar in unterschiedlicher Trägerschaft, sowohl als staatliche oder kommunale, als auch als genossenschaftliche oder private Einrichtungen. Am Schicksal dieser Einrichtungen zeigt sich einmal mehr, daß hinsichtlich Offenheit, Innovationsbereitschaft und Flexibilität das bundesrepublikanische System einiges zu wünschen übrig läßt.

Fritz Vilmar kommt das Verdienst zu, seit 1990 wissenschaftliche Projekte in produktiver Kooperation von west- und ostdeutschen Wissenschaftlern betrieben zu haben. Dieser Band ist ein weiterer Beleg für diese erfolgreiche Praxis, die leider nur wenige Nachahmer gefunden hat; denn für Vilmar sind die beteiligten Ostdeutschen nicht nur willkommene Zuarbeiter und Dienstleister, sondern vollwertige und eigenverantwortliche Partner. Deshalb kommen in dem Band zu Nutz und Frommen der wissenschaftlichen Ergiebigkeit nicht nur unterschiedliche Zugriffe auf die Thematik, sondern auch verschiedene Erfahrungen und Sichtweisen zum Tragen.

Wer bereit ist, unbefangen an geschichtliche Erscheinungen heranzutreten, wird dieses Buch mit Gewinn lesen, und ihm sind vor allem viele Leser aus der politischen Klasse zu wünschen, und zwar nicht nur westdeutscher Provenienz. Fritz Vilmars Überzeugung, daß alles, was hier angeboten wird, als Beitrag für einen Reformdiskurs von Nutzen sein könnte, kann man teilen, ohne ihm darin zu folgen, daß alles auch integrierbar wäre. So manches ist nicht nur aus Unkenntnis und bösem Willen untergegangen, sondern auch, weil es dafür in diesem System keine Existenzbedingungen gibt. Mit anderen Worten: Manches in der DDR beruhte eben doch auf alternativen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und ist mit denen der BRD nicht vereinbar. Aber auch dieser Einwand mindert nicht die Bedeutung des Projektes für den gesellschaftlichen Diskurs und stellt ihn in keiner Weise in Frage.